

Präs.: 22. Okt. 1974

No. 1820/J

A n f r a g e

der Abg. Malter, Dr. Stix
und Genossen
an die Bundesregierung
betreffend besorgniserregende Entwicklung der
Wirtschaft - Zunahme der Ausgleichs- und Konkursverfahren

Einer Aussendung der APA ist zu entnehmen, daß die
Insolvenzfälle in Österreich in den ersten neun Monaten
1974 gegenüber der Vergleichszahl des Vorjahres von
514 auf 715 und damit um 40 % gestiegen sind. Es soll
sich dabei um 154 Ausgleichs- und 561 Konkursverfahren
handeln. Die Zunahme der Konkursverfahren tritt dabei
deutlicher in Erscheinung.

Diese für die Österreichische Wirtschaft und - wegen
der Gefährdung der Arbeitsplätze - auch für die Arbeit-
nehmer sehr besorgniserregende Entwicklung ist in
erheblichem Umfang, insbesondere was das Baugewerbe
und die Beherbergungsbetriebe betrifft, auf die Politik
der Bundesregierung (hier insbesondere auf die Kreditbremse),
aber auch auf die Steuerpolitik zurückzuführen. Hinzukommt
die zögernde Bezahlung von Rechnungen durch die öffentliche
Hand, die sich zusätzlich negativ auswirkt.

Die unterzeichneten Abgeordneten richten daher an die
Bundesregierung die

A n f r a g e :

- 1.) In wievielen Fällen haben betroffene Firmen ^{unter} den
Aktiven noch Rechnungen gegenüber öffentlich-rechtlichen
Körperschaften ausgewiesen, bzw. um welche Beträge im
Vergleich zur Gesamtsumme der Verpflichtungen hat es sich
dabei gehandelt?
- 2.) Wie hoch sind die unbeglichenen steuerlichen Ver-
pflichtungen der insolventen Firmen?

-2-

3) Wieviele Arbeitsplätze sind durch Ausgleiche und Konkurse in den ersten neun Monaten dieses Jahres in den einzelnen Bundesländern verlorengegangen?